

STUTTGARTER NACHRICHTEN

17.04.2020 POLITIK

Familien im Dauer-Härtetest

Kitas bleiben geschlossen – was Eltern und Kinder jetzt brauchen

An den Kitaschließungen wird zunehmend Kritik laut. Während Forscher es für schädlich halten, Kinder dauerhaft von anderen Kindern zu trennen, fragen sich Eltern, wie sie überhaupt arbeiten sollen. Lisa Welzhofer

Stuttgart Sie komme sich ein bisschen vor wie aus der Zeit gefallen, sagt Carolina Klein. „Keine Ahnung, welcher Tag heute ist, alles verschwimmt irgendwie.“ Seit der Kampf gegen das Coronavirus den Alltag bestimmt, seit Betreuungseinrichtungen geschlossen sind und die Großeltern als Babysitter wegfallen, ist ihr gut organisierte Leben aus dem Takt geraten. Carolina Klein, die eigentlich anders heißt, arbeitet normalerweise 80 Prozent, ihr Mann 100 Prozent. Die Kinder, zwei und fünf Jahre alt, gehen in Krippe und Kindergarten.

Seit Mitte März hat sich das Paar einen Mini-Arbeitsplatz in seiner Drei-Zimmer-Wohnung in Stuttgart eingerichtet. Alle paar Stunden wechseln sie sich mit Arbeiten und Kinderbetreuen ab, bis in den späten Abend hinein geht das so. „Anscheinend denken manche, man könnte gleichzeitig Kleinkinder betreuen und nebenbei konzentriert arbeiten. Das ist absolut unmöglich“, sagt die Mutter.

Carolina Klein weiß, dass sie privilegiert ist. Sie und ihr Mann arbeiten beide im Homeoffice, müssen sich keine finanziellen Sorgen machen, ihre Kinder haben einander zum spielen. Dennoch ist die Situation für alle Familienmitglieder kräftezehrend. Physisch und psychisch: „Ich finde es vor allem für die Kinder schwierig, wenn sie dauerhaft keine anderen Kinder sehen können. Das wird meiner Meinung nach in der derzeitigen Diskussion viel zu wenig berücksichtigt“, sagt Carolina Klein. Wie den Kleins geht es vielen Eltern in Deutschland. 3,5 Millionen Familien haben ihre noch nicht schulpflichtigen Kinder in Betreuungseinrichtungen untergebracht. Diese sollen auch weiterhin geschlossen bleiben. Das haben Bund und Länder nun festgelegt. Zwar ist schon klar, dass die Möglichkeit, eine Notfallbetreuung in Anspruch zu nehmen, auf viel mehr Eltern ausgeweitet werden soll. Dennoch ist die Befürchtung vieler Betroffener, dass die Politik den Vorschlägen der Nationalen Akademie der Wissenschaft, Leopoldina, folgen könnte. Deren Forscher hatten dazu geraten, Kindertagesstätten mit wenigen Ausnahmen bis zum Sommer nicht mehr zu öffnen. Eine Forderung, die in der Elternschaft, aber auch von Experten reichlich kritisiert wurde.

Vor allem für Kinder aus konfliktreichen Familien, aber auch für alle anderen, könnte die lange Zeit der Kontaktsperre und des Zurückgeworfenseins auf den engsten Familienkreis sehr belastend werden, warnen Experten. „Aus entwicklungspsychologischer Perspektive sind vor allem der Wegfall des Kontakts zu anderen Kindern und die dadurch fehlenden Möglichkeiten zum sozialen Lernen zu bedenken“, schreiben mehr als 40 Wissenschaftlerinnen in einem Kommentar zu den Leopoldina-Empfehlungen. Initiiert hatte das auf Twitter veröffentlichte Schreiben die

Berliner Bildungsforscherin Petra Stanat. Vereinfacht gesagt: Kinder brauchen andere Kinder, um sich gut entwickeln zu können.

Der Sozialethiker Peter Dabrock, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Ethikrates, betont zudem: Kinder seien nicht nur „Objekte von Erziehung und Betreuung, sondern Subjekte, die eigene Rechte haben“. Sie, die nicht zur Corona-Risikogruppe gehörten, dauerhaft vom Kontakt zu Altersgenossen auszuschließen, könnte „ein massiver Eingriff in ihre Grundrechte sein“, schreibt Dabrock in einem Gastbeitrag für den Berliner Tagesspiegel.

Die Journalistin Barbara Vorsamer sieht in den Leopoldinavorschlägen deshalb auch das Diskussionsergebnis eines Gremiums, in dem überwiegend Männer ohne kleine Kinder saßen: „Das Schriftstück beweist, was passiert, wenn Gruppen zu homogen sind“, schreibt sie und bekommt dafür viel Zustimmung in den Sozialen Medien. Die Wissenschaftlerinnen um Petra Stanat weisen in ihrem Schreiben darauf hin, dass die Fürsorgearbeit daheim vor allem von Frauen getragen werde: Diese könnten momentan gar nicht oder nur eingeschränkt arbeiten – umso mehr, wenn sie alleinerziehend sind.

Neben der psychologischen und sozialen Auswirkungen, haben Familien also vor allem ein organisatorisches Problem: Sie müssen ihre Kinder betreuen und gleichzeitig das Geld verdienen, mit dem sie ihre Rechnungen bezahlen. Zwar gesteht der Staat Sorgeberechtigten, die derzeit gar nicht arbeiten können, 67 Prozent ihres Gehaltes zu. Aber nur sechs Wochen lang.

Angestellte sind deshalb vor allem auf die Familienfreundlichkeit ihrer Arbeitgeber angewiesen. Eine Art Härtetest für Unternehmen wie Mitarbeiter, sagt Henning Stroers vom Forschungszentrum Familienfreundliche Personalpolitik. Der Soziologe kann eine ganze Reihe von Instrumenten aufzählen, mit denen Arbeitgeber ihren Mitarbeitern mit Kindern in der Krise unterstützen könnten. Da sei natürlich das so genannte Homeoffice, also die Möglichkeit, von zuhause zu arbeiten, sagt Stroers. Dazu kämen möglichst flexible Arbeitszeiten. „Weg von starren Modellen, hin zu Vertrauensarbeitszeit und Gleitzeitmodellen.“ Eine Möglichkeit wäre zudem, Mitarbeiter Minusstunden aufbauen zu lassen, die später nachgearbeitet werden könnten. „Das geht in Richtung Jahresarbeitszeit- oder Lebensarbeitszeitkonten, die manche Firmen bereits haben“, so der Experte.

Andererseits hat auch das viel gepriesene Homeoffice seine Grenzen, betont der Forscher. Heimarbeit einzuführen brauche normalerweise eine längere Vorbereitung und die enge Begleitung durch Vorgesetzte. „Außerdem ist es nicht so gedacht, dass Mitarbeiter ausschließlich zuhause arbeiten, keinen richtig eingerichteten Arbeitsplatz und ein Kind auf dem Schoß haben oder Hausaufgaben betreuen.“

Der Familienforscher, der Unternehmen in Fragen der Vereinbarkeit berät, hofft dennoch, dass das Modell der Heimarbeit durch die Krise den nötigen Schub bekommt. „Unternehmen, die das schon länger ermöglichen, können überprüfen, wo es funktioniert und wo nicht. Und Arbeitgeber, die bislang sagten, dass Homeoffice in ihrem Betrieb nicht möglich sei, müssen nun das Gegenteil einsehen.“

Überhaupt sei die Ausnahmesituation auch eine Chance, starre Glaubenssätze in Unternehmen aufzubrechen, hofft Stroers. „Zum Beispiel die Denkweise, dass Leistung mit Anwesenheit einhergehen muss.“ Auch Teilzeitmodelle könnten nun einen besseren Ruf bekommen: „Derzeit zeigt sich, dass manche Jobs und Positionen eben auch mit weniger Stunden zu machen sind“, so Stroers. Er ist sich sicher, dass die Diskussion um Familienfreundlichkeit ganz anders geführt werden kann, wenn die Krise und ihre wirtschaftlichen Folgen überwunden sind.

Bis es irgendwann soweit ist, müssen Eltern nun auf Lösungen hoffen, die ihnen durch die Krise helfen ohne den notwendigen Infektionsschutz zu weit aufzuweichen. Familienministerin Franziska Giffey (SPD) will am heutigen Freitag mit ihren Länderkollegen darüber sprechen, auf welche Fälle die Notfallbetreuung ausgeweitet werden soll. Vielen Experten geht das nicht weit genug. Die Forscherinnen um

Bildungsexpertin Petra Stanat fordern in ihrem Papier kleine „Kinder nicht pauschal im Lockdown verharren zu lassen“, sondern für sie dieselben Richtlinien anzuwenden, wie sie die Leopoldina für Schulkinder vorgeschlagen hat. Denkbar wäre zum Beispiel, kleine, konstante Gruppen zu bilden, die zumindest tageweise und in kürzeren Schichten die Kitas besuchen dürfen.

Einen Schritt weiter geht die Soziologin Kathrin Mahler Walther. Sie forderte bereits zu Anfang der Krise eine Arbeitszeitreduzierung für Eltern bei vollem Lohnausgleich. Und weil sich das nicht alle Unternehmen leisten könnten, ein „überbetriebliches Förderprogramm“ von Seiten des Staates dazu.

Die Stuttgarter Familie Klein verfolgt die Diskussion sehr genau. Für sie ist klar: Sollten all diese Vorschläge nicht berücksichtigt werden und die Kitas bis zum Sommer geschlossen bleiben, dann müssen sie sich selbst helfen. „Ich könnte mir vorstellen, dass wir uns dann mit einer anderen Familie zusammen tun und uns gegenseitig bei der Betreuung unterstützen“, sagt Carolina Klein. Ein Modell, das jetzt schon von manchen Eltern praktiziert werde, die sie kennt.

Dass Familien sich nun ihre eigenen, womöglich illegalen Betreuungsmöglichkeiten suchen, das kann allerdings in niemandes Interesse sein.